

ter, auch wenn die Zentralregierung durchzusetzen versucht, dass sie höhere oder überhaupt Kompensation erhalten. (XNA, 30., 31.1.05; IHT, 3.2.05; WSJ, 3.2.05) -gs-

24 Schnelle Maßnahmen gegen Meningitis

Nach dem ersten Auftreten von Meningitis in der Provinz Anhui hat die Regierung schnell mit einer Notverordnung zur Verbesserung von Prävention und Kontrolle reagiert. Seit dem 20. Dezember haben die staatlichen Medien 258 Erkrankungen in allen Regionen Chinas (außer Tibet, der Insel Hainan und der Provinz Fujian) gemeldet, von denen 16 zum Tode führten. Die Sofortmaßnahmen spiegeln die seit dem SARS-Ausbruch gestiegene Sensibilität der Regierung in Fragen öffentlicher Gesundheit wider und sind auch Ergebnis des seitdem im Aufbau befindlichen nationalen Warnsystems. Eine Rolle dürfte auch das bevorstehende Neujahrsfest mit dem vermehrten Reiseverkehr gespielt haben. Weltweit sterben nach WHO-Angaben jährlich 171.000 Menschen an der Krankheit, die Todesrate liegt bei 10-15% der Erkrankungen. (WSJ, 2.2.05; XNA, 2.2.05; SCMP, 4.2.05, nach BBC PF, 5.2.05) -gs-

25 Umweltbehörde stoppt Bauvorhaben

Die staatliche Umweltschutzbehörde SEPA (State Environment Protection Administration) hat 30 große Industrieprojekte in 13 Provinzen mit einem Volumen von jeweils 100 Mio. Yuan bis zu 73 Mrd. Yuan vorläufig beendet, die ohne ihre Zustimmung begonnen wurden. In allen Fällen war entgegen der Umweltschutzgesetze kein Assessment von Umweltauswirkungen vorgenommen worden, sondern lokale Behörden und Regierungsabteilungen hatten – entgegen dem geltenden Recht – die Genehmigung zum Bau erteilt. Nachdem nun entsprechende Assessments negativ ausgefallen waren, wurden die Projekte von der SEPA gestoppt.

Das Vorgehen hat viele Beobachter erstaunt, galt doch die SEPA – unterfinanziert und in der Durchsetzung eher ineffektiv – bisher als eine der schwächsten Behörden. Die Maßnahme wird daher nicht nur als Warnung an Entwicklungsfirmen und lokale Behörden gesehen, ihre Umweltverpflichtungen einzuhalten, sondern als Ausdruck der neuen (wissenschaftlichen) Entwicklungsstrategie, über die wirtschaftliche Entwicklung den Schutz der Umwelt nicht zu vernachlässigen. Auch die Tatsache, dass 26 der gestoppten Projekte der Energieerzeugung dienen, darunter zwei im Drei-Schluchten-Gebiet, ist Ausdruck des rasanten Wirtschaftswachstums, das zu erheblichen Energieengpässen geführt hat. Viele Provinzen haben daher Kraftwerke geplant, die Umweltbehörde erhielt in den ersten elf Monaten 2004 insgesamt 200 entsprechende Anträge.

Der *Standard* führt das neue Auftreten der SEPA aber auch auf deren stellvertretenden Leiter zurück. Der 45-jährige Pan Yue habe als Schwiegersohn von Liu Huaqing, dem ehemals stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission, machtvolle Verbindungen.

Das größte beanstandete Projekt ist das hydroelektrische Xiluodu-Kraftwerk am oberen Yangzi, das mit einer geplanten Kapazität von 12.500 MW das zweitgrößte Kraftwerk Chinas werden soll. Die China Three Gorges Corp., von der auch noch zwei weitere Kraftwerksbauten am Drei-Schluchten-Staudamm gestoppt wurden, hat inzwischen ihren anfänglichen Widerstand aufgegeben und will die Auflagen der SEPA erfüllen. Danach, so erwartet sie, können die Bauten planmäßig weitergeführt und bis 2008/09 beendet werden.

Auch in weiterem Fall hat die SEPA laut Pan öffentliche Anhörungen zu den Auswirkungen auf die Umwelt durchgesetzt. Das 13-stufige Dammprojekt am Nu-Fluss, das die Umsiedlung von über 50.000 Menschen zur Folge hätte und von Ministerpräsident Wen Jiabao im letzten Jahr ausgesetzt wurde, soll an ei-

nem der letzten unberührten Flüsse Chinas entstehen. Dies hat auch internationalen Widerspruch hervorgerufen, zumal das Gebiet von der UNESCO zum Welterbe erklärt wurde. Allerdings glaubt der Direktor der Assessment-Abteilung der SEPA nicht, dass die Behörde das Projekt endgültig stoppen könne. (XNA, 18.1.05; WSJ, 19.1.05; FT, 20.1.05; SCMP, 20.1.05; *Standard*, 3.2.05, nach BBC PF, 4.2.05; IHT, 4.1.05) -gs-

Außenwirtschaft

Margot Schüller

26 Expansion des Hightech-Außenhandels und regionaler Außenhandelszentren

Das Wachstum des chinesischen Außenhandels auf 1.154,7 Mrd. US\$ katapultierte das Land auf Rang drei der größten Handelsmächte hinter den USA und Deutschland. Der Anteil der Hightech-Produkte am Außenhandel nahm im Jahre 2004 um 43,8% zu und lag bei 326,97 Mrd. US\$. Dies war ein Anteil von 35,5% am gesamten Außenhandel.

Importen von Hightech-Produkten mit einem Wert von 161,43 Mrd. US\$ (+35,3%) standen Exporte von Hightech-Produkten von 165,54 Mrd. US\$ (+50,2%) gegenüber. Die Expansion der Hightech-Unternehmen wurde durch das Steuerrück erstattungssystem begünstigt. Landesweit erhielten Hightech-Exportunternehmen ein Volumen von 420 Mrd. RMB als Steuerrück erstattung, ein Anstieg um 106% gegenüber 2003.

Regional gesehen entfiel auf die Provinz Guangdong mit einem Außenhandelsvolumen von 357,13 Mrd. US\$ bzw. von 30,9% erneut der größte Anteil landesweit. Die Provinz exportierte Produkte im Werte von 191,56 Mrd. US\$ (+25,3%) und importierte Waren mit einem Volumen von 165,57 Mrd. US\$

(+26,7%). Privatunternehmen trugen zum Außenhandel insgesamt 18,78 Mrd. US\$ bei (+66,2%), das waren 27,1% des gesamten Außenhandels, der von Privatunternehmen im Jahr 2004 landesweit abgewickelt wurde. Staatliche Unternehmen der Provinz blieben dagegen mit einem Volumen von 12,1 Mrd. US\$ (+2,1%) unter dem Niveau der Privatunternehmen.

Innerhalb der Provinz Guangdong erreichte die Sonderwirtschaftszone Shenzhen mit einem Außenhandelsvolumen von 147,31 Mrd. US\$ (+25,5%) den höchsten Wert. Exporten in Höhe von 77,86 Mrd. US\$ (+23,7%) standen Importe in Höhe von 59,46 Mrd. US\$ (+27,6%) gegenüber.

Neben Guangdong gewinnt die Provinz Jiangsu immer stärker an Bedeutung. Der Außenhandel dieser Provinz expandierte um 50,4%; das Handelsvolumen lag bei 170,86 Mrd. US\$. Mit einem Anteil von 14,8% am nationalen Außenhandelsvolumen liegt die Provinz Jiangsu auf Platz zwei hinter Guangdong. Ausfuhren im Wert von 87,5 Mrd. US\$ (+48%) standen Importe von 83,36 Mrd. US\$ (+52,9%) gegenüber. Der positive Saldo in der Handelsbilanz betrug 4,14 Mrd. US\$. Auslandsunternehmen in der Provinz Jiangsu waren entscheidend für diesen Erfolg und trugen mit 79,3% bzw. 135,54 Mrd. US\$ zum Außenhandel bei. Die Exporte erreichten ein Volumen von 65,22 Mrd. US\$, die Importe machten 70,32 Mrd. US\$ aus.

Als regionales Außenhandelszentrum kann auch die Provinz Zhejiang angesehen werden. Der Außenhandel der Provinz expandierte um 38,8% im letzten Jahr und erreichte ein Volumen von 85,2 Mrd. US\$. Bemerkenswert ist, dass die Provinz seit dem Jahr 2002 erhebliche Überschüsse erwirtschaftet. Auch im letzten Jahr belief sich der Außenhandelsüberschuss bei Exporten um 58,2 Mrd. US\$ (+39,8%) und bei Importen erhöhte er sich von 27 Mrd. US\$ (+36,6%) auf rd. 30 Mrd. US\$.

Hohe Zuwächse gab es auch bei der Abwicklung des Außenhandels über

den Hafen Shanghai. So betrug das Wachstum der über Shanghai verschifften Importe 44% (161,3 Mrd. US\$) und der Exporte 37% (121,3 Mrd. US\$). Der Anteil des Außenhandels der Unternehmen mit Auslandskapital lag bei 62,5%. Der Außenhandel über den Hafen Tianjin hat mit einem Zuwachs von 47% auf 67,77 Mrd. US\$ im Jahr 2004 ebenfalls sehr schnell zugenommen. Auslandsunternehmen trugen hier mit 46,7% zum Außenhandel bei. (XNA, 10., 12., 15., 16., 17., 24.1.05) -schü-

27 China profitiert von Aufhebung der Textilquoten

Zum 1. Januar 2005 wurden die über drei Dekaden gültig gewesenen Beschränkungen im internationalen Textilhandel zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, die erst im Multifaserabkommen (MFA) und dann im Agreement on Textiles and Clothing (ATC) zusammengefasst waren, aufgehoben. Das ATC hatte über einen Zeitraum von zehn Jahren ein schrittweises Auslaufen der Quotenbeschränkungen festgelegt und war das letzte Abkommen der Textil- und Bekleidungsbranche gewesen, das eine Ausnahme von den GATT- bzw. später WTO-Regeln erlaubte. Zeitgleich zum Auslaufen des globalen Abkommens kam es zu bilateralen Abkommen zwischen Abnehmer- und Herstellerländern, durch die die Industrieländer ausgewählten „Partnerländern“ eine präferenzielle Behandlung im Textilhandel ermöglichten. Einem Bericht der Deutsche Bank Research von Januar 2005 zufolge sanken vor diesem Hintergrund die Anteile der asiatischen Länder an den Importen der EU-15 und der USA seit 1990, während ihre Einfuhren aus Osteuropa bzw. Lateinamerika stiegen. Der WTO-Beitritt Chinas führte bereits zu einer Umkehrung dieses Trends, und es wird damit gerechnet, dass China mit am stärksten von der jetzigen Liberalisierung des Textilhandels profitieren wird.

China sowie Indien waren bisher am stärksten durch die Quotenregelung mit Exportsteueräquivalen-

ten von jeweils rd. 33% in den USA und 15% in der EU-15 diskriminiert gewesen. Da auf beide Importeure zusammen mit Japan rd. 80% der globalen Bekleidungseinfuhren entfallen, wird sich das Gewicht Chinas und Indiens auf den Märkten dieser Länder schnell erhöhen. Japan, das keine Quoten im Rahmen des ATC festgelegt hatte, bezog bereits im Jahre 2003 einen Anteil von 80% aus China (1998 lag dieser Anteil schon bei 70%). Bisher betrug der Marktanteil Chinas in den USA im Jahre 2003 rd. 17% und in der EU-15 rd. 12%. Erwartet wird, dass der Preisdruck durch beide Länder in den Absatzmärkten weiter steigen wird. Zwischen 2001 und 2003 sollen die Importpreise der USA für Textilien und Bekleidung aus China schon über die Hälfte gesunken sein; in der EU ging der Preis für importierte Bekleidung aus China um ein Drittel zurück.

Chinas Exportvolumen bei Textilien und Bekleidung beläuft sich bereits auf rd. 60 Mrd. US\$ und könnte sich in den nächsten Jahren schnell erhöhen und möglicherweise den größten Anteil am globalen Marktvolumen von rd. 400 Mrd. US\$ im Jahre 2003 beanspruchen. Die Expansion wird nach Einschätzung von Experten zu Lasten derjenigen Entwicklungsländer gehen, die bisher weitgehend aufgrund ihrer Quote Marktanteile halten konnten.

Innerhalb der Gruppe der Entwicklungsländer ist mit sehr unterschiedlichen Auswirkungen zu rechnen, die von der Liberalisierung des globalen Textilhandels ausgehen. In Bangladesch beispielsweise erwarten die Gewerkschaften, dass rund die Hälfte der 1,8 Mio. Arbeitsplätze in der Textilindustrie durch den Verdrängungswettbewerb Chinas verloren gehen werden. Die Regierung geht dagegen von lediglich 200.000 Arbeitsplätzen aus, die wegfallen könnten; andere Untersuchungen nennen sogar nur eine Zahl von 80.000 Arbeitsplätzen. Textil- und Bekleidungsexporte tragen in Bangladesch rd. 70% der gesamten Exporte. Auch andere kleinere Länder in der Region sind stark vom Textil- und Bekleidungsexport ab-

hängig, u.a. Kambodscha mit 75% (nur Bekleidung), Sri Lanka mit 54% und Nepal mit 43%. Obwohl auch Thailand und Malaysia relativ viele Textilien und Bekleidung exportieren, ist der Anteil am Gesamtexport nicht so von Bedeutung. Anders sieht es für die Türkei und die osteuropäischen Länder aus. Die WTO erwartet beispielsweise, dass sich der Anteil der Türkei an den EU-15-Importen von Textilien und Bekleidung nach dem Ende des ATC um 3% zugunsten Chinas reduzieren wird.

Um ihren eigenen Markt zu schützen, hat die Türkei bereits am 9.1.05 für 43 Produktkategorien chinesischer Textilien „emergency import quotas“ festgelegt. Dies bedeutet, dass chinesische Exporte auf dem türkischen Markt nur um 7,5% ihres Niveaus des Jahres 2004 steigen dürfen; bei Wollexporten wird der Zuwachs auf 6% beschränkt. Die Türkei, die als Mitgliedskandidat der EU gilt, wird versuchen, die EU zu einem ähnlichen Vorgehen zu drängen.

Interessenverbände der Textilindustrie in den USA und Europa warnen davor, dass durch den Wettbewerb aus China viele Arbeitsplätze in der heimischen Industrie verloren gehen werden. Die spanische Textilindustrie büßte zwischen 1999 und 2003 rd. 20.000 Arbeitsplätze ein; im Jahre 2004 sollen es sogar weitere 20.000 Jobs gewesen sein.

Ende Dezember 2004 hat das US Court of International Trade davor gewarnt, Restriktionen im Bekleidungs- und Textilhandel gegenüber China zu verhängen. Eine einheitliche Front gegenüber dieser Frage existiert auch nicht in den USA, da die Importeure für eine Aufhebung von Restriktionen Lobby machen, während die Produzenten den Markt durch Restriktionen schützen wollen.

Die chinesische Regierung bemüht sich, die Besorgnisse der Entwicklungs- und Abnehmerländer ernst zu nehmen. So hat die chinesische Chamber of Commerce for Textile Importers and Exporters angekündigt, die Exporte bestimmter

Textilien und Bekleidungsprodukte mit einer Steuer von 2-5% zu belegen. Weiterhin hat die Handelskammer ein Komitee gebildet, das Mindestpreise für sechs Kategorien von Bekleidungsprodukten wie z.B. Baumwollhosen und Strickhemden festlegen wird. (WSJ, 25., 31.12.04, 14., 17.1.05; IHT, 14.1.05; Deutsche Bank Research, „Nach Ende des Welttextilabkommens: China reift zur Schneiderei der Welt“, 4.1.05, Nr. 310, http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000183204.pdf) -schü-

28 USA: „Bemerkenswerte Fortschritte in den Wirtschaftsbeziehungen mit China“

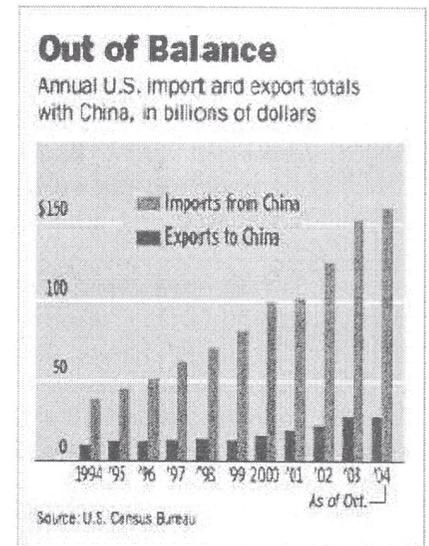
Obwohl die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und China durch eine Vielzahl von Konflikten belastet sind, kam der US-Handelsminister Donald Evans bei seinem Besuch in China Mitte Januar 2005 zu einem positiven Gesamtergebnis. Mit Blick auf den anstehenden Besuch von Präsident Bush in China sagte Evans: „The Bush administration is committed to further enhancing US-Chinese trade and economic cooperation“. Obwohl Probleme wie der unzureichende Schutz geistigen Eigentums, die Vergabe von Subventionen, Wechselkurspolitik etc. bestehen würden, sei doch die Gesamtsituation positiv zu bewerten: „More importantly, we should focus on the overall situation that US-Chinese bilateral economic and trade ties have attained remarkable progress“. (BBC EF, 13.1.05)

Die höflichen Abschiedsworte – Evans wird in der neu gebildeten US-Regierung durch Carlos Gutierrez ersetzt – am Ende seiner China-reise täuschen jedoch nicht über die tief greifenden Differenzen in vielen Themen hinweg. Hierzu zählt an erster Stelle das hohe und ständig wachsende Handelsdefizit der USA mit China sowie der Verlust von Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe, der durch den Wettbewerbsdruck aus China entstanden sein soll.

Im Jahre 2004 stieg das bilaterale Handelsvolumen nach chinesischen Statistiken um 34,3% und belief sich auf 169,62 US\$. Damit waren die USA hinter der EU mit 177,28 Mrd. US\$ Handelsvolumen der zweitwichtigste Partner.

In den ersten zehn Monaten des Jahres 2004 soll sich das Defizit im bilateralen Handel nach US-Angaben bereits auf 131 Mrd. US\$ belaufen haben (siehe Abbildung 1).

Abb. 1:



Quelle: WSJ, 11.1.05.

Vor dem Hintergrund des hohen und zunehmenden Defizits wird von der US-Seite das Verhalten der chinesischen Regierung z.B. in der Frage des Textilhandels kritisiert. Die Verhängung von Exportzöllen für bestimmte chinesische Textilprodukte von durchschnittlich 1,3% sei zu gering und habe ökonomisch sowie politisch keinen Einfluss.

Ein weiteres Konfliktfeld ist der mangelhafte Schutz geistigen Eigentums in China. Es dürfe nicht bei einfachen Sanktionen bleiben, so Evans, sondern Verstöße gegen die rechtlichen Bestimmungen müssten auch durch härtere Strafen wie Freiheitsentzug geahndet werden.

Als Beispiel für eine grobe Verletzung von geistigen Eigentumsrechten wurde von der US-Seite der Autokonzern Chery genannt, der in der südostchinesischen Provinz Anhui angesiedelt ist. Der Vorwurf be-

zieht sich auf die Kopie von Karosserie, Außen- und Innendesigns sowie von Komponenten des US-Modells Spark, das der südkoreanische GM-Ableger Daewoo herstellt. Angeblich will Chery dieses Fahrzeug sogar demnächst in die USA exportieren.

Von politischer Bedeutung ist auch die Entscheidung der Bush-Regierung, Sanktionen gegen acht chinesische Unternehmen zu verhängen, denen die Lieferung von „strategischem Material“ an den Iran vorgeworfen wird. Die USA beschuldigen diese Unternehmen, den Iran beim Aufbau eines Langstreckenprogramms unterstützt zu haben. Diese Unternehmen dürfen keinen Außenhandel mehr mit US-Unternehmen durchführen und erhalten keine Lizenz, US-Technologie zu exportieren. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums reagierte umgehend mit der Forderung, dass die Sanktionen „extremly irresponsible and unproven“ seien und aufgehoben werden müssten.

Zu den beschuldigten Unternehmen zählen nach US-Angaben Chinas Top-Firmen wie China Great Wall Industry und China North Industry. Als Hintergrund für das Verhalten der chinesischen Regierung, die diese Verletzung der Auflagen gegen die Weitergabe von militärisch nutzbarem Material an den Iran zulasse, wird der hohe Energiebedarf Chinas angeführt. China habe vor zwei Monaten mit dem Iran einen Vertrag über die Lieferung von 250 Mio. t Erdgas in den kommenden 30 Jahren und die Lieferung von 150.000 Barrel Rohöl pro Tag abgeschlossen.

Parallel zu diesen Konfliktpunkten wird in den USA regelmäßig die Frage diskutiert, wann und ob China die USA als Wirtschaftsmacht überholen könnte. Die Diskussion wurde gerade wieder durch einen Bericht der Central Intelligence Agency, einem Forschungsinstitut des National Intelligence Council, angeheizt. In diesem Bericht wird die Einschätzung abgegeben, dass China bis zum Jahre 2020 Japan überholt und hinter den USA die zweitgrößte Wirtschaftsmacht werden wird. Im De-

zember 2004 hatte die vom *The Wall Street Journal* befragten Ökonomen sogar überwiegend die Sicht vertreten, dass China die USA innerhalb der nächsten 20 bis 40 Jahre überholen könnte. Allerdings sind diese Einschätzungen immer von den Annahmen abhängig, die jeweils unterstellt werden, und die bei einem Vergleich unterschiedlicher Ergebnisse gegenübergestellt werden müssten. (XNA, 20.1.05; WSJ, 11., 12., 24.1.05; *Die Welt*, 14.1.05; BBC EF, 13.1.05; IHT, 19.1.05) -schü-

Binnenwirtschaft

Margot Schüller

29 Hohe gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate sendet unterschiedliche Signale aus

Das National Bureau of Statistics (NBS) veröffentlichte am 25.1.05 erste vorläufige Daten zur Wirtschaftsentwicklung des Jahres 2004. Trotz verschiedener Maßnahmen, durch die die Überhitzungserscheinungen in der Wirtschaft eingedämmt werden sollten, fiel das Wirtschaftswachstum mit 9,5% erneut sehr hoch aus. Ein relativ hohes Wachstumstempo wird zwar als grundsätzlich positiv eingeschätzt, da hiervon positive Auswirkungen auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze ausgehen. Allerdings weist ein Wirtschaftswachstum von fast 10% darauf hin, dass die Zentralregierung nur in einem begrenzten Maße in der Lage war, die Überhitzungstendenzen aufzuhalten.

Ein Vergleich der Wachstumsraten in den einzelnen Wirtschaftssektoren zeigt, dass der Primärsektor diesmal mit einem Zuwachs von 6,3% relativ schnell expandieren konnte. Der sekundäre Sektor (Industrie und Bauwirtschaft) verzeichnete ein Wachstum von 11,1% und der Tertiärsektor von 8,3%.

Das hohe Wachstum im Agrarsektor wurde durch die starke Zunahme

des Getreideoutputs von 9% (+38,8 Mio. t) auf 469,5 Mio. t getragen. Gleichfalls hohe Zuwächse gab es in der Produktion von Baumwolle (+30% auf 6,32 Mio. t) und ölhaltigen Pflanzen (+8,8% auf 30,57 Mio. t).

Mit einem Wachstum der industriellen Wertschöpfung von 11,5% fiel das Tempo deutlich niedriger als im Jahr 2003 aus. Allerdings lag die Zunahme der Wertschöpfung der schwerindustriellen Betriebe weiterhin deutlich zu hoch. Die Industrieunternehmen erzielten insgesamt eine Gewinnsteigerung um 38,1% auf 1.134,2 Mrd. RMB (siehe Tabelle 1).

Tab. 1: Entwicklung des Industriesektors (Wachstumsraten für 2004 in %)

Industrie, gesamt (Wertschöpfung 2004)	11,5
Industrieunternehmen (ab mehr als 5 Mio. RMB Umsatz)	16,7
Darunter:	
- staatseigene Unternehmen und Unternehmen mit staatlichem Kontrollanteil	14,2
Schwerindustrie (Wertschöpfung)	18,2
Leichtindustrie (Wertschöpfung)	14,7
Output ausgewählter Erzeugnisse (Wachstumsraten)	
Kohle	15,0
Energieerzeugung	14,9
Eisenerz	24,1
Rohstahl	23,2
Walzstahl	23,5
Kleincomputer	29,1
Mobilfunktelefone	42,6
Fahrzeuge	14,0
Fahrzeuge (in Mio. Stück)	5,2

Quelle: NBS, 26.1.05.

Die Anlageinvestitionen stiegen im Jahre 2004 noch um 25,8%, das Wachstum lag damit nur um 1,9% niedriger als 2003. Jedoch ist seit Anfang 2004 eine gewisse Verlangsamung erkennbar: Das Wachstum der Anlageinvestitionen betrug im 1. Quartal 43%, im 1. Halbjahr 27,7% und in den ersten neun Monaten 27,7%.

Deutlich zugenommen hat die Inflation. So erhöhten sich die Verbraucherpreise im Jahr 2004 um 3,9%, dies waren 2,7 Prozentpunkte mehr